

18. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion der CDU

Keinen neuen Kriminalitätsschwerpunkt im Großen Tiergarten zulassen

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, im Großen Tiergarten umgehend tagsüber und nachts Sicherheit und Ordnung zu gewährleisten und dazu alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um Straftaten zu unterbinden, Gefahren für die Bürgerinnen und Bürger abzuwehren, die außer Kontrolle geratene Situation zu beenden und die rechtsstaatliche Ordnung dauerhaft wiederherzustellen. Die Identitäten sämtlicher dort lagernder Personen sind festzustellen. Personen ohne Aufenthaltsrecht sind unverzüglich auszuweisen und - wenn nötig - abzuschicken. Für alle anderen ist bei Bedarf die Obdachlosenhilfe auszuweiten. Zur Bekämpfung der Prostitution durch minderjährige Flüchtlinge ist neben dem Verbot der Straßenprostitution für eine hinreichende soziale und gesundheitliche Beratung, Fürsorge und Unterbringung der betroffenen Jugendlichen zu sorgen. Das Bezirksamt Mitte ist in seinen Bemühungen vollumfänglich zu unterstützen. Sein Ordnungsamt ist in Bezug auf Personal und Ausstattung zu stärken.

Begründung:

Die Verwahrlosung und Gefährdung im Großen Tiergarten ist nicht länger hinnehmbar. Die Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung besonders im öffentlichen Raum ist eine Kernaufgabe eines jeden funktionierenden Rechtsstaats. Wenn der Bezirksbürgermeister von Mitte, Stephan von Dassel (Bündnis 90/die Grünen), feststellt, im Tiergarten herrsche der „totale Kontrollverlust“ und weite Teile würden mehr und mehr zur rechtsfreien Zone, muss dies als Eingeständnis eines totalen Versagens rot-rot-grüner Sicherheits- und Ordnungspolitik verstanden werden. Das unter dem linken Senat leider inzwischen typische Verwaltungschaos hat

auch im Tiergarten zum völligen Verantwortungskollaps geführt. Die bezirklichen Beschäftigten fühlen sich alleine gelassen mit der Beseitigung der Folgen von Drogenkonsum- und handel, Prostitution durch teilweise minderjährige Flüchtlinge und besonders dem wilden Campieren von Wohnungslosen. Dass sich die Parkbesucher, aber auch die Beschäftigten des Straßen- und Grünflächenamts dabei von den immer aggressiveren Obdachlosen zunehmend bedroht fühlen, ist ein besonders unerträglicher Zustand, den der Senat unverzüglich beheben muss. Der Große Tiergarten darf nicht zu einem Kriminalitätsschwerpunkt verkommen.

Der Senat muss daher jetzt umgehend die finanziellen Mittel zur Verfügung stellen, damit der Bezirk Mitte die geforderten Personalaufstockungen beim bezirklichen Ordnungsamt vornehmen kann. Die Polizeipräsenz im Tiergarten muss massiv erhöht und der Ausbau der polizeilichen Fahrradstaffel zügig vorangetrieben werden. Um die dauerhafte Durchsetzung der geltenden Regeln im Tiergarten zu gewährleisten und das herrschende Kompetenzchaos in Zukunft zu verringern, ist auch die Forderung von Bezirksbürgermeister von Dassel nach Benennung einer verlässlichen Kontaktperson bei der Polizei zu unterstützen.

Um die Prostitution durch minderjährige Flüchtlinge zu bekämpfen, muss der Senat neben dem Verbot der Straßenprostitution für eine hinreichende soziale und gesundheitliche Beratung, Fürsorge und Unterbringung der betroffenen Jugendlichen sorgen. Die Koalition muss beim Thema Prostitution endlich Farbe bekennen und darf sich vor dem Problem nicht länger wegducken.

Die Bürgerinnen und Bürger erwarten, dass der Staat jetzt Verantwortung übernimmt und Handlungsfähigkeit beweist. Angesichts der dramatischen Situation im Großen Tiergarten dürfen dabei neben der Einbindung des Sozial- und Gesundheitsamts sowie der Ausweitung der nötigen sozialen Betreuungsmaßnahmen auch polizeiliche Gefahrenabwehrmaßnahmen und aufenthaltsrechtliche Maßnahmen bis hin zur Ausweisung und Abschiebung nicht von vorneherein ausgeschlossen werden.

Die rot-rot-grüne Koalition kommt jetzt hoffentlich in der Wirklichkeit an und beginnt zu erkennen, dass Sicherheit, Recht und Ordnung durchgesetzt werden müssen und Voraussetzung für ein zivilisiertes Zusammenleben sind.

Berlin, 10. Oktober 2017

Graf Trapp Dregger
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion der CDU